

Breites Bündnis gegen Paragraph 219 a

Berlin. In einem offenen Brief an die Bundesregierung und die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD haben 26 Verbände die ersatzlose Streichung des Paragraphen 219 a aus dem Strafgesetzbuch (StGB) verlangt. In dem am Montag veröffentlichten Schreiben fordern sie die umfassende Informationsfreiheit über Schwangerschaftsabbrüche und Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte. Der Paragraph beinhaltet ein »Werbeverbot« für Abtreibungen. Zu den Unterzeichnern gehören die Arbeiterwohlfahrt, die DGB-Frauen, Frauenorganisationen von SPD und Grünen, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter und weitere Frauen- und Familieninitiativen. (jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/331557.breites-buendnis-gegen-paragraph-219-a.html>